

Spaltungen

Corona hat die Bedingungen der politischen Auseinandersetzung weltweit verändert, aber in den einzelnen Staaten und Weltregionen unterschiedlich und mit verschiedener Heftigkeit. Es muss also jeweils neu verstanden werden, was sich geändert hat, was gleich geblieben ist, welche Entwicklungen im Einklang mit ähnlichen woanders stehen und welche einzigartig sind. Der Kokreis von Attac D hat diese Debatte begonnen und eine ganze Reihe von Elementen identifiziert, die uns bedeutsam erscheinen. Ein Ausfluss davon ist die Erklärung zum Konjunkturpaket. Auf der praktischen Ebene arbeiten wir am Aufbau von Zusammenarbeitsstrukturen in einer Reihe von Bereichen, darunter wohl am fortgeschrittensten zum Thema Verkehrswende. Inhaltlich wäre der Gesundheitsbereich zentral, es passiert auch einiges, aber die Wirkmächtigkeit der Akteure lässt noch zu wünschen übrig.

Zwar wurde während der Pandemie das Argument plausibel, wirklich wichtig seien Abläufe und Arbeitsbereiche, die üblicherweise eher gering geachtet, allemal schlecht bezahlt und in der Regel auch von miesen Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind. Aber es scheint nicht so, als wenn Lehren aus dieser Einsicht die Maßnahmen zur Überwindung der Krise auch nur ein wenig beeinflussen würden. Der Vorrang des Ökonomischen, den auch die Linke oft einfordert, zielt in eine Richtung, die zu einer Wiederherstellung bekannter, krisenhafter Strukturen tendiert. Die nun schon zwei Jahrzehnte anhaltenden massiven strukturellen Exportüberschüsse Deutschlands stehen dabei im Zentrum.

Sie sind der wichtigste Grund für ökonomische Schieflagen innerhalb der EU und zusammen mit ähnlichen strukturierten Volkswirtschaften (China, Japan) bewirken diese dauerhaft verfestigten Defizite und Überschüsse weltweite Spannungen. Das neue Freihandelsregime ist nur auf diesem Hintergrund zu verstehen und gleichzeitig genau deshalb fragil, weil der Welthandel ein Nullsummenspiel ist; was einer gewinnt, muss jemand anders verlieren, nur Gewinner kann es nicht geben.

Eine rationale ökonomische Strategie müsste also in Deutschland auf den Abbau der Exportüberschüsse zielen und damit letztlich auf eine Verringerung der ökonomischen Gesamtleistung. Das würde, gerade jetzt während der Krise, nicht einmal bei Teilen der gesellschaftlichen Linken, der Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen zustimmungsfähig sein, viel weniger auf Mehrheiten in der Bevölkerung rechnen können. Die in den Exportbranchen Beschäftigten verteidigen ihre Arbeitsplätze, weil daran ihr Einkommen hängt, und ein massiver Aufbau alternativer Arbeitsplätze ist nirgendwo in Sicht. Die Notwendigkeit anderer Einkommensquellen (bedingungsloses Grundeinkommen) hat zwar während der Krise ebenfalls vermehrt Zustimmung erfahren, wird aber von keinen politisch relevanten Kräften als aktuelles Ziel betrieben.

Ich hatte an anderer Stelle angemerkt, dass eine Orientierung an der wichtigsten Linie, die weltweit die Ökonomie seit Jahrzehnten prägt, mobilisierende Kraft entwickeln könnte, nämlich der „Feminisierung der Arbeitsverhältnisse“. Was Autorinnen wie Christa Wichterich damit beschreiben, betrifft neben vielem anderen vor allem zwei Phänomene. Erstens nimmt die Zahl von Frauen auf bezahlten Erwerbsarbeitsplätzen weltweit stark zu. Zweitens bleiben diese Arbeitsplätze aber strukturell prekär und unterprivilegiert. Sie sind schlechter bezahlt, sie verlangen meist geringere Qualifikation, sie sind seltener unbefristet, sie sind häufiger in weniger geschätzten Branchen, in denen der Aufbau von Kampfkraft in der Regel schwieriger ist. Damit, dass ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitsplätze zunimmt, strahlen diese „weiblichen“ Arbeitsverhältnisse zunehmend auch auf die „männlichen“ aus und verschlechtern die Bedingungen auch dort. Die weltweite, legale wie illegale, Arbeitsmigration verstärkt diese Tendenz nochmals.

Ein Ansetzen an der gender- und migrationsbedingten Spaltung der Arbeitsverhältnisse und der Versuch, diese Spaltung zu überwinden, könnte also umfassende emanzipatorische Kräfte freisetzen. Es gibt auch solche Bemühungen und Kämpfe, der internationale Frauenstreik zum 8. März ist einer von verschiedenen Ansätzen, sie zu bündeln. Trotzdem wird die Forderung nach Überwindung der benannten Spaltungen vor allem von der Mehrheit der männlichen Arbeitskräfte, aber auch von der gesellschaftlichen Rechten insgesamt, vor allem als Bedrohung wahrgenommen. Dieses Phänomen, dass das Bemühen um die Beseitigung von Spaltungen seinerseits für weitere Spaltungen instrumentalisiert wird, zeigt sich auch bei anderen erfolgreichen sozialen Mobilisierungen der letzten Zeit, seien es LGBTQI-Bewegungen, die zum Beispiel in Lateinamerika oder in Teilen Osteuropas bedeutsam sind, oder Black-Lives-Matter-Demonstrationen überall auf der Welt.

Gleichzeitig entlädt sich immer häufiger sozialer Frust auch in unkoordinierten und destruktiven Formen. Abläufe wie Mitte Juni in Stuttgart sind in Deutschland zwar noch selten, global aber keine Ausnahme. Sie werden auch in unseren eigenen Zusammenhängen selten in ihrer politischen Dimension ernst genommen. Anders als im Versuch, die Gender- und Migrationsspaltungen zu beseitigen, steckt in diesen Krawallen ja auch erst mal nichts Emanzipatorisches. Und doch kommen sie nicht aus dem unpolitischen Nichts. Zumindest ein Teil der Protagonist*innen hat die Erfahrung rassistischer und sozialer Abwertung und Ausgrenzung. Auf dieser Ebene gibt es auch durchaus Bezüge zu ökonomischen Fragen, die aber den Akteuren nicht nur selten bewusst, sondern auch nur sehr indirekt erkennbar und deshalb schwer zu vermitteln sind.

Auch kulturell tun wir uns schwer mit solchen Erscheinungen. Der typische Mittelschichtdiskurs von „Friedlichkeit“ und „Gewaltfreiheit“, von „welche konkreten Forderungen habt ihr denn“ und „wie wollt ihr denn die Mehrheit überzeugen“ steht uns regelmäßig im Weg. Ich will gar nicht sagen, dass es sich bei diesen Diskursen grundsätzlich um unsinnige Anliegen handelte. Es wäre aber nötig, erst einmal hinzuschauen und sicher auch hinzuhören, zu verstehen und mitzuempfinden – und dann noch immer nicht mit den eigenen Handlungsprinzipien die Anliegen der Randalierenden abzuwehren, sondern nachzudenken und Wege zu suchen, wie die denn politisierbar sein könnten. Dass dabei nicht Attac der Akteur sein kann, der solche Politisierung leistet, versteht sich von selbst. Aber auch hier geht es um die Überwindungen von Spaltungen und zu verstehen, dass auch die ungefilterte Darstellung des eigenen Frusts ein Teil des Politischen ist, das müsste doch möglich sein.